

SPARSCHIENE?

Öffi-Offensive gegen drohende "Mobilitäts-Apartheid" notwendig

700 Mio. Euro für Emissionszertifikate vergeudet anstatt in Öffis investiert -Österreich braucht ein Mobilitätskonzept nach Vorbild der Schweiz

Wien - Der ÖBB-Betriebsratsvorsitzende, vda Gewerkschafter Roman Hebenstreit, forderte am Freitag einen umfassenden Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. "Die Treibstoffpreise werden wohl kaum wieder billiger werden. Es ist daher ein Gebot der Stunde, aus sozialen und ökologischen Gründen eine Öffi-Offensive einzuleiten und somit auch einen Gesamtverkehrsplan für Österreich zu erstellen", fordert Hebenstreit. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass sich immer mehr Menschen ihre Mobilität nicht mehr leisten könnten und es zu einer Art "Mobilitäts-Apartheid" komme. "Gute und erschwingliche öffentliche Verkehrsmittel sind ein Grundpfeiler der Daseinsvorsorge und müssen auch Teil eines funktionierende Sozialstaates sein", so Hebenstreit.

Durch das Versagen der Politik in der Klimaschutz-Strategie werde die Kyoto-Reduktionsverpflichtung speziell im Verkehrsbereich bis heute nicht erfüllt. Bislang seien daher schon mehr als 700 Millionen Euro an Steuergeldern für den Ankauf von CO2-Zertifikaten vergeudet worden. "Man stelle sich vor, wenn dieses Geld für den Öffi-Ausbau verwendet würde. Denn gerade für ein besseres Angebot und mehr Fahrbetriebsmittel fehlen hier die finanziellen Mittel. Vielen Menschen in Österreich könnten dann die Treibstoffpreise weitestgehend egal sein", wettete Hebenstreit.

Die Gewerkschaft vda wiederholte ihre Forderung nach einem umfassenden bundesweiten Mobilitätskonzept nach dem Vorbild der Schweiz. Dort sei faktisch jedes Dorf durch einen flächendeckenden Taktverkehr per Bus oder Bahn erreichbar. "Es kann doch nicht vom jeweiligen Bundesland abhängen, ob deren EinwohnerInnen ihre Arbeits- und Ausbildungsstellen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen oder eben nicht", gibt der ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzende zu bedenken.

Ein Trend zum Umstieg auf die Öffis sei klar erkennbar. "Doch die Verkehrsunternehmen stoßen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen. Das liegt teilweise an nicht ausreichender Schieneninfrastruktur und vor allem an einem Mangel an Fahrzeugen. Eine zusätzliche finanzielle Dotierung durch den Bund und die Länder wäre dringend notwendig, damit das Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel mit der Nachfrage Schritt halten kann", fordert Hebenstreit.

Die eingesetzten Züge sind teilweise mehr als 30 Jahre alt. Nebenstrecken werden eher verdünnt als verbessert. Ein Trend, der sicher in die falsche Richtung gehen dürfte.

Link zum Online-Artikel:

http://www.oekonews.at/?mdoc_id=1069712